

Heißer Herbst auch in TF gestartet – LINKE demonstrierte und ruft zu Bündnis auf

Klimakrise, Coronakrise, Energiekrise: die Situation wird für die Menschen immer prekärer. Laut der Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP benötigen wir Entlastungspakete – die Besserverdienende aber weitaus mehr entlasten als alle anderen. Der Abstand zwischen Reich und dem gesamten Rest, also auch der Mitte unserer Gesellschaft, wird immer größer.

Diese Bundesregierung will uns allen auch noch eine Gasumlage abfordern. Gefühlt gestern wurde uns LINKEN entgegnet, dass eine Übergewinnsteuer oder ein Gaspreisdeckel sozialistische Spinnerei sei. Unsere EU-Nachbarländer beweisen das Gegenteil: Übergewinnsteuer und Gaspreisdeckel sind machbar und die Unternehmen verlassen nicht fluchtartig das Land.

Preissteigerungen von bis zu 87 Prozent sorgen dafür, dass viele von uns mittlerweile nicht mehr wissen, wie sie ihre Miete, Strom und Lebensmittel bezahlen können. Und der Mittelstand wird, entgegen der Versprechungen aller bisherigen Regierungen, nicht wirklich entlastet. Währenddessen freuen sich Konzerne und deren Aktionär*innen über die Gasumlage, mit der sie ihre Gewinne weiter maximieren können. So kann und darf es nicht weitergehen! Wir müssen Druck auf die Bundesregierung ausüben! Alleine mit einer Übergewinnsteuer könnte der Staat 100 Milliarden Euro jährlich einnehmen. Doch was wird uns vermittelt? Der Staat hätte nicht mal das Geld, das 9-Euro-Ticket fortzusetzen. Dieses Ticket würde den Staat pro Jahr 10 Milliarden Euro kosten. Dann hätten wir noch 90 Milliarden Euro pro Jahr übrig, um in erneuerbare Energien, in die Bildung, in echte Entlastungspakete und in die Rettung kleiner und mittelständischer Unternehmen zu investieren. All das wird von der Bundesregierung versäumt. Ist

Finanzminister Lindner (FDP) der Kanzler oder wer führt diese Regierung? SPD und Grüne lassen sich alles von ihm gefallen und haben dabei ihre eigenen Programme fast vollständig über Bord geworfen. CDU/CSU waren und sind jedoch nicht besser. Denn 16 Jahre CDU/CSU-Regierung haben maßgeblich zur heutigen Situation beigetragen, haben Ausbau und Förderung erneuerbarer Energien blockiert. Wir hätten uns längst von Autokratien und deren Gas und Öl unabhängig machen können. Doch am Ende waren die Lobbyinteressen stärker! Denn gerade die Konzerne spenden ja fleißig an bestimmte Parteien. Das gehört endlich verboten! Nur so können wir erreichen, dass Politiker*innen tatsächlich die Interessen der Gesamtbevölkerung vertreten und nicht nur die Interessen einiger weniger Menschen, die ohnehin privilegiert sind und im Geld schwimmen. Politik darf nicht käuflich sein! Die soziale Spaltung der Gesellschaft muss ein Ende haben! Das Leben muss für alle lebenswert sein. Wir als DIE LINKE kämpfen für eine gerechte und solidarische Welt, ohne Kriege und ohne Armut! Deswegen wollen wir ein Bündnis

bilden. Menschen, die sich in demokratischen Parteien und Wähler-Gemeinschaften, Vereinen und Verbänden, Initiativen, Gewerkschaften, in der Wirtschaft engagieren und die mit Blick auf die aktuelle Entwicklung in unserem Land sagen: Genug ist genug. Stehen wir zusammen! Diese Krise betrifft uns alle und unser Leben vor Ort, in unseren Städten und Gemeinden.

Den Auftakt in unserer Region bildeten wir mit ersten Bündnispartner*innen bei einer Demonstration am 24. September in Luckenwalde, zu der auch unser Landesvorsitzender, Sebastian Walter, kam und sprach.

Wir fordern von den Regierungen in Land und Bund, endlich für Solidarität und Gerechtigkeit zu sorgen: Weg mit der Gasumlage, her mit Gaspreisdeckel und Übergewinnsteuer! Rettungspakete müssen solidarisch und am wirklichen Bedarf ausgerichtet sein. Das Geld ist da, verteilen wir es endlich gerechter. Wir wollen die soziale Entlastung der Gesellschaft.

Tom Siedenberg und **Felix Thier**, DIE LINKE. Teltow-Fläming



Sebastian Walter, LINKE-Landesvorsitzender und Vorsitzender der Landtagsfraktion; Foto: privat



Jan-Peter Schulz

Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Genossin, lieber Genosse,

ich bekam Post von meinem Energieversorger, Preiserhöhung. Und sicher wird nicht nur Strom teurer, meine Nebenkostenabrechnung steht ja noch aus. Gefühlt hat irgendwie alles den Sprung nach oben gemacht. Das Leben wird immer teurer. Klar werden muss uns allen aber: Diese Preise sind nicht Ergebnis von Knappheit, sondern von Spekulation! Die Konzerne machen massiv Profit, und das doch nicht erst seit dem russischen Angriffskrieg. Warum gehen wir also nicht endlich einmal an die Krisengewinner*innen heran und fordern Solidarität? Gestern retteten die Steuerzahler*innen Banken, heute Gaskonzerne, und morgen? Und was haben wir alle eigentlich davon? Wer rettet uns bzw. wann kommt unsere Entlastung? Und wenn entlastet wird, dann bitte nicht so, dass das durch eine unsoziale Gasumlage wieder aufgefrisst wird. Die soziale Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich muss ein Ende haben! Sozial und solidarisch muss die Politik in diesem Land sein. Dafür steht DIE LINKE!

FELIX THIER
Kreisvorsitzender

DIE LINKE.

Kreisverband Teltow-Fläming

VON HELMUT SCHOLZ

Umgang mit der Oder neu denken: in Polen und in Deutschland

Um künftige Umweltkatastrophen von der Oder abzuwenden, ist eine viel engere Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland erforderlich. Nicht nur bei Alarm- und Katastrophenplänen, sondern auch beim alltäglichen Umgang mit der Oder.

Das Fischsterben hat gezeigt, wie verletzlich die Oder ist. Kein großer Chemieunfall, sondern anhaltende, legale und illegale Salzeinleitungen haben in Verbindung mit Wassermangel und hohen Temperaturen zum Algenwachstum geführt und das Fischsterben ausgelöst. Offenbar sind hohe Schadstoffeinträge quasi normal und haben im Zusammenhang mit dem Vorgenannten zur Katastrophe geführt. Und das kann jederzeit wieder passieren.

Meldekettens und Krisenmanagement müssen verbessert werden, vor allem aber gehört der Umgang



Uwe Völkner/FOX

EUROPA UND KOMMUNE

mit dem Fluss auf den Prüfstand: Schädliche Einleitungen gehören abgestellt und der Oderausbau muss gestoppt werden. Denn die Baumaßnahmen schädigen das Ökosystem des Flusses und schwächen seine Widerstandskraft.

Für den Hochwasserschutz ist der Ausbau nicht nötig, und die Region wird davon auch wirtschaftlich nicht profitieren. Sowohl im Land unter

SPD-CDU-Grüne-Regierung wie im Bund unter SPD-Grüne-FDP-Regierung widersprechen sich die jeweiligen Umwelt-, Verkehrs- und Wirtschaftsressorts bei der Bewertung des Oderausbaus. Der Umgang mit der Oder muss sowohl in Deutschland als auch in Polen neu gedacht werden – in Bezug auf Einleitungen und in Bezug auf den Ausbau. Wenn Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) jetzt den Stopp des Oderausbaus fordert, ist das richtig. Doch nun muss sie es bei Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) durchsetzen. Denn auch auf deutscher Seite starten bereits die Vorbereitungen für den Ausbau.

Klar ist, dass alle EU-Staaten die Folgen der Klimakatastrophe abwenden müssen und diese nicht noch befeuern dürfen – eine Ausbaggerung der Oder beidseits der Grenze genauso wie der geplante Ausbau des LNG-Terminals bei Swinoujście durch die polnische Regierung, welcher zugunsten der Wirtschaft die Natura 2000 EU-Gesetzgebung ignoriert, schaden massiv der Umwelt und müssen sofort gestoppt werden.

Im Jahr 2001 hat die Europäische Kommission ein EU-Katastrophenschutzverfahren eingerichtet, um die Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten beim Katastrophenschutz zu stärken. Es dient auch dazu, die Prävention, Vorsorge und Reaktion auf Katastrophen zu verbessern. Wenn wir solche Umweltkatastrophen wie die in der Oder zukünftig verhindern wollen, müssen alle EU-Staaten enger zusammenarbeiten und ihre Anstrengungen hinsichtlich Ursachenbekämpfung und Abwendung der Auswirkungen der Klimakatastrophe schnellstmöglich ausbauen.

Kontakt:

Helmut Scholz, MdEP

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227-71889

Telefax: 030 227-76819

E-Mail: wk@helmutscholz.eu

Newsletter:

kurzelinks.de/khio



Olaf Kostitz

BUNDESTAG UND KOMMUNE

VON ANKE DOMSCHEIT-BERG

Mit einer geschrumpften Bundestagsfraktion müssen wir alle im Bundestag mehr Themen abdecken und so bin ich seit Mai 2022 an der Seite von Conni Möhring nun zusätzlich zum Digitalausschuss auch im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung aktiv. Dort geht es vor allem um deutsches Engagement in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Entwicklungszusammenarbeit ist ein Querschnittsthema, da geht es mal um die Folgen des Klimawandels, der gerade die Ärmsten dieser Welt am meisten betrifft, obwohl sie ihn am wenigsten verursacht haben, mal geht es um militärische Konflikte, mal um Frauenrechte, Ernährungssicherheit, Bildungsprogramme oder den Zugang zu Gesundheitsleistungen, auch um Fragen der Digitalisierung geht es manchmal.

Auch wenn das mehr Belastung ist, finde ich diese Themen sehr spannend. Auch in der Vergangenheit habe ich viele Bezugspunkte dazu gehabt. Schon vor mehr als zehn Jahren wurde ich Botschafterin des Barefoot College im indischen Rajasthan, wo Analphabetinnen aus vielen Ländern zu Solaringenieurinnen ausgebildet werden, die anschließend ihre Dörfer solarelektrifizieren. In einem Thinktank habe ich viele Jahre die Welthungerhilfe unterstützt, für nordafrikanische Frauenverbände habe ich Weiterbildungsveranstaltungen in Ägypten zu Entwicklungspotenzialen für frauengeführte kleine und mittlere Unternehmen durch Digitalisierung durchgeführt und auch mit der GIZ verbindet mich seit Jahren eine

gute Beziehung, denn sowohl deren Frauenprogramme als auch zentrale Vorhaben wie »Digital Afrika« habe ich gern unterstützt.

Im Juli war ich Teil einer Bundestagsdelegation nach Malawi und Südafrika. Malawi ist eins der ärmsten Länder der Welt und auch eins der am stärksten vom Klimawandel betroffenen Länder. Wir trafen dort u. a. den Malawischen Präsidenten und den Klimaminister, besuchten Golomiti, wo ein neues 20MW Solarkraftwerk Energie erzeugt (weniger als 15 Prozent der Bevölkerung haben überhaupt Zugang zu Strom), aber wir fuhren auch ins Hinterland, besuchten ein Krankenhaus, Frauenbildungsprojekte und ein kleines Dorf, in dem deutsche Entwicklungshilfe zu mehr selbsterzeugten gesunden Nahrungsmitteln beiträgt. Dort traf ich auch Linda, mit der ich seitdem in Kontakt blieb, um sie auch künftig zu unterstützen.

Südafrika ist zwar nicht ganz so arm wie Malawi, es gilt als Schwellenland, ist reich an Rohstoffen aber hat auch einen gut entwickelten industriellen Sektor. Aber Südafrika hat ein extremes Ungleichheitsproblem, das immer noch Menschen mit dunkler Hautfarbe

benachteiligt. In Südafrika besuchen wir u. a. Bildungsprojekte für Jugendliche aus einem Slum auf dem Land, wir trafen Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, trafen auch dort hochrangige Politiker, erhielten Einblick in die Entwicklung von Impfstoffen für die Produktion in Afrika aber auch in die Arbeit einer NGO, die in der Fläche für einen niedrigschwelligen Zugang zu Gesundheitsleistungen sorgt. Wir erhielten einen sehr tiefen und spannenden Einblick in diese zwei sehr verschiedenen Länder. Dafür ist dieser Artikel natürlich viel zu kurz. Auf Twitter habe ich live von der Reise berichtet, auch auf meiner Homepage wird es dazu einen Bericht geben.

Kontakt:

Anke Domscheit-Berg, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227-73107

Telefax: 030 227-76107

E-Mail: anke.domscheit-berg@bundestag.de

VON ISABELLE VANDRÉ

Gaspreisdeckel jetzt!

Bei immer mehr Menschen trudeln derzeit Briefe ihrer Gas- und Stromversorger ein. Es geht immer um das Gleiche: Die Erhöhung der Abschlagszahlungen. Vereinzelt Medien berichten davon, dass Kund*innen nun das bis zu Zehnfache ihres bisherigen Abschlags zahlen sollen. Hinzu kommen Teuerungen bei Lebensmittelpreisen, Mieten und den Kosten für Mobilität.

Gleichzeitig gehen bei einigen die Gewinne in der Krise durch die Decke. So hat *Shell* im zweiten Quartal seinen Gewinn verfünffacht (17,8 Milliarden Euro). Doch anstatt die Übergewinne der Energiekonzerne und Handelsketten zu besteuern, wollte die Bundesregierung die Kosten der höheren Gaspreise über die Gasumlage auf die Verbraucher*innen umlegen. Zwar mehren sich die Stimmen in der Regierung, die einsehen, dass das der falsche Weg ist, doch gehandelt wurde bisher nicht. DIE LINKE fordert daher schnelle

Entlastungen. So erklärte die Parteivorsitzende Janine Wissler: »Wir müssen den Menschen helfen, die nicht wissen, wie sie ihre Einkäufe oder die nächsten Strom- und Gasrechnungen bezahlen sollen. Das sind die Menschen mit mittleren und geringen Einkommen, im Hartz-IV-Bezug und die Rentnerinnen und Rentner. Die Ampel traut sich weder an eine echte Übergewinnsteuer, noch an den Gaspreis wirklich ran, die Gasumlage auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher bleibt. Es gibt keine schnelle Nachfolgeregelung für das 9-Euro-Ticket und es bleibt völlig offen, was es am Ende kosten wird. Gerade auf Familien kommen erhebliche Mehrkosten zu.«

Und auch DIE LINKE im Landtag Brandenburg fordert einen Gaspreisdeckel. So forderten wir in einem Antrag, den wir im September zur Abstimmung im Landtag stellten, die Landesregierung dazu auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass kurzfristig ein gesetzlicher Preisdeckel für einen



LANDTAG UND KOMMUNE

Gasgrundbedarf für Verbraucher*innen eingeführt wird. Dieser sollte perspektivisch auf Heizöl und Strom ausgeweitet werden. Auch forderten wir von der Landesregierung kurzfristige Maßnahmen, um Menschen in Notlagen zu helfen.

Doch mehr als Bedauern für die prekäre Situation vieler Branden-

burger*innen war aus den Reihen von SPD, Grünen und CDU allerdings erneut nicht zu vernehmen. Sie lehnten unseren Antrag ab. Es gilt nun gemeinsam mit Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden weiter Druck aufzubauen, um die Gasumlage zugunsten eines Gaspreisdeckels zu kippen. Dass das möglich ist, zeigen die linken Regierungen in Spanien und Portugal, die jüngst einen Gaspreisdeckel einführten und diesen wie in Spanien mit einer Übergewinnsteuer für Krisenprofiteure finanzieren.

Kontakt:

Isabelle Vandré, MdL
Fraktion DIE LINKE.
im Landtag Brandenburg

Alter Markt 1
14467 Potsdam

Telefon: 0331 966-1533
E-Mail: isabelle.vandred@linksfraktion-brandenburg.de
Facebook: facebook.com/isabelle.vandred

**Warum die Ermordung von Jina Mahsa Amini uns alle was angeht ...**

In Teheran im Iran ist am 13. September 2022 eine 22-jährige kurdische Frau von der sogenannten »Sittenpolizei« festgenommen worden, weil sie »unislamische« Kleidung getragen haben soll.

Berichten zu Folge ist ihr Kopf bei der Festnahme gegen eine Autoscheibe geschlagen worden. Es heißt, sie wurde von der Sittenpolizei ermordet. Das ist ein Femizid.

Was definitiv bekannt ist, dass Jina Amini mit einem Krankenwagen von der Polizeiwache ins Krankenhaus Teheran gebracht wurde.

Jina Amini lag im Koma und ist drei Tage später am 16. September, im Krankenhaus verstorben.

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International schreibt auf ihrer Internetseite dazu, dass laut



Jina Mahsa Amini; Foto: flickr.com/Gustave Deghilage

Augenzeugen Amini brutal geschlagen und gewaltsam ins Vozara-Gefängnis in Teheran gebracht wurde. Wenige Stunden später erfolgte die Überführung ins örtliche Krankenhaus. Die iranischen Behörden kündigten Ermittlungen an, leugneten gleichzeitig jegliches Fehlverhalten ihrerseits. Die Kriterien zur angekündigten Ermittlung seien aber nicht erfüllt, da diese vom Innenministerium selbst durchgeführt werden.

Seit diesem Tag gehen im Iran tausende Menschen auf die Straße, um gegen die Regierung und die systematische Diskriminierung von Frauen zu protestieren. Im Internet sind bereits zahlreiche Videos zu sehen, wie

Frauen ihre Haare abrasieren, ihre Hijabs verbrennen und versuchen sich gegen die Polizei zu wehren. Unter anderem ging auch die 20-jährige Hadis Najafi auf die Straßen, um für ihre Selbstbestimmung zu kämpfen. Dort wurde sie mit sechs Schüssen mitten auf der Straße erschossen. Amini und Najafi sind aber keine Einzelfälle. Unter den Opfern sind auch zahlreiche Mütter, die für die Zukunft ihrer Töchter gekämpft haben.

Im Nahen Osten riskieren Frauen ihr Leben, um für ihre Selbstbestimmung und Gleichberechtigung zu kämpfen. Deshalb ist es extrem wichtig, dass wir hier in Deutschland nicht wegschauen, sondern darüber sprechen und diese Proteste sichtbar machen im Internet und auf den Straßen. Kein Mensch und kein Staat der Welt darf über das Aussehen und die Kleidung von Menschen, vor allem von Frauen entscheiden, wobei es hierbei nicht nur um das Aussehen etc. geht.

Svenja Lübbert, Ludwigsfelde

Kontakt:

Interessierte können zu uns per E-Mail Kontakt aufnehmen über:
teltow-flaeming@ljsbb.de

DIE LINKE sprach sich zur Bürgermeisterstichwahl in Trebbin für Thomas Berger aus

Der Vorstand unseres Regionalverbandes Trebbin-Großbeeren-Ludwigsfelde (TGL) hatte sich zur Auswertung der Bürgermeisterwahlen in Trebbin sowie der Positionierung zur Stichwahl verständigt. Das Angebot, welches die von uns im ersten Wahlgang präferierte Kandidatin Dr. Katrin Jaksch den Trebbiner*innen unterbreitete, fand den Zuspruch von 17,6 Prozent der Wähler*innen. Zu diesem achtbaren Ergebnis möchten wir Dr. Jaksch auch auf diesem Wege nochmals herzlich gratulieren. Doch dieses Ergebnis reichte nicht,

um sich für den nächsten Wahlgang zu qualifizieren und so einen wirklichen Neubeginn zu befördern. Beide in die Stichwahl gekommenen Kandidaten sind langjährig in der Trebbiner Verwaltungsspitze tätig – als Bürgermeister und als Finanzverantwortlicher.

Für die Stichwahl am 25.9. hatte sich der Regionalvorstand TGL nun mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, den Amtsinhaber, Thomas Berger, zu unterstützen und zu dessen Wahl aufzurufen.

Thomas Berger hat in den vergangenen Jahren die Stadtverwaltung

Trebbin erfolgreich geführt. Trebbin hat gerade in den letzten Jahren auch eine wirtschaftlich sehr überzeugende Entwicklung genommen. Besondere Verdienste hat sich Thomas Berger bei der nachhaltigen Stadtentwicklung erworben. Trebbin ist über den Landkreis hinaus als Klimastadt bekannt. Der Kranich-Express, der die Stadt mit den Ortsteilen verbindet und jetzt die Grundstruktur für die bessere Rufbus-Anbindung bildet, ist maßgeblich ihm zu verdanken. Thomas Berger hat in der Vergangenheit deutlich bewiesen, dass er Kommunalpolitik

im Allgemeinen und das Amt des Bürgermeisters im Besonderen als überparteiliche Aufgabe ohne parteipolitische Befindlichkeiten sieht. Die Mehrheit der zur Stichwahl am 25.9. wählenden Trebbiner*innen stimmte jedoch für einen Wechsel. Der bisherige Finanzverantwortliche der Stadtverwaltung, Ronny Haase, wurde von knapp 2.000 der rund 8.400 wahlberechtigten Trebbiner*innen gewählt, für Thomas Berger votierten rund 1.500.

Silvio Pape, Vorsitzender des Regionalverbandes TGL



Gedenken am Mahmal in Großbeeren; Foto: privat

OdF-Gedenken am 10. September in Großbeeren

OdF – das steht für »Opfer des Faschismus«. Wie an jedem zweiten Samstag im September, nahmen Mitglieder unseres Regionalverbandes TGL anlässlich des Tages der Erinnerung und Mahnung in Großbeeren an der Gedenkfeier für die Opfer des Faschismus teil. Zahlreiche Vertreter*innen von Parteien und Vereinen, sowie Bürger*innen und internationale Gäste trafen sich vor dem Rathaus. Von dort ging es, angeführt von Schüler*innen der örtlichen Ottfried-Preußler-Schule, die die Fahnen der 24 Nationen trugen, deren Länder Opfer in dem

»Arbeitserziehungs- und Gestapodurchgangslager« Großbeeren zu beklagen haben, in einem stillen Gedenkmarsch zur OdF-Gedenkstätte. Diese befindet sich in einer ehemaligen Kiesgrube, in der die fast 1.300 Todesopfer begraben liegen, die zwischen 1942 und 1945 ihr Leben lassen mussten, und deren Namen auf Tafeln um das Mahmal verewigt wurden.

Zunächst wurden zahlreiche Kränze niedergelegt, bevor, nach den einleitenden Worten von Bürgermeister Tobias Borstel, Madame Nicole Godard ans Mikrofon trat. Die aus

Frankreich angereiste über 80-jährige Tochter eines Kriegsgefangenen und Präsidentin der französischen »Föderation der Opfer und Überlebenden der nationalsozialistischen Arbeitserziehungslager« erinnerte mit eindringlichen Worten an die dunkle Vergangenheit und mahnte die Wichtigkeit an, die Erinnerung an diese Zeit auch in Zukunft wach zu halten.

Anschließend folgte ein Gebet des Pfarrers der evangelischen Kirche Großbeeren, Christian Manntz, das er mit dem *Vater Unser* abschloss, bevor es dann zur Gedenkanlage

»Hintere Friedhofsmauer« ging. Um an dem dortigen Gedenkstein Blumen niederzulegen und den an dieser Stelle beerdigten über 200 Gefangenen zu gedenken. Zum Schluss wurden noch am Gedenkort des ehemaligen Lagers Blumen niedergelegt. Die Gedenkfeier war ein würdiger Abschluss, der in diesem Jahr erstmals stattgefundenen Friedenswoche, die mit mehreren Veranstaltungen aufwartete. Abgerundet wurde das Gedenken mit Gesprächen bei Kaffee und Kuchen im Gemeindesaal.

Robert Kosin, Großbeeren

kommunalpolitisches
forum

Land Brandenburg e.V.



Oben: Anita Tack
Unten: Konni Wehlan und Maritta Böttcher (v.l.n.r.);
Fotos: privat

31 Jahre kommunalpolitisches forum Land Brandenburg e.V.

Am 21.9.1991, haben 42 PDS-ler das kommunalpolitische forum Land Brandenburg e.V. (kf) in Königs Wusterhausen gegründet.

Ich war damals stellvertretende PDS-Landesvorsitzende und hatte den Auftrag, den e.V. zu gründen und mich auch gleich zur Vorsitzenden wählen zu lassen.

Das habe ich gerne getan, denn landespolitisch ergab sich für uns die Chance, Geld für die kommunalpolitische Arbeit der Parteien zu erhalten. Und es gab nach der politischen Wende wahrlich viel zu lernen, um das westdeutsche kommunalpolitische System, völlig überbürokratisiert, anwenden zu können.

Wir, Maritta Böttcher, Ex-MdB und sehr aktive Kommunalpolitikerin bis heute, war unsere erste hauptamtliche Geschäftsführerin des kf, und Konni Wehlan, heute erfolgreiche Landrätin von TF in zweiter Wahlperiode, arbeitete in der Geschäftsstelle mit. Alles war Neuland und wir wollten für unsere Kommunalpolitiker*innen

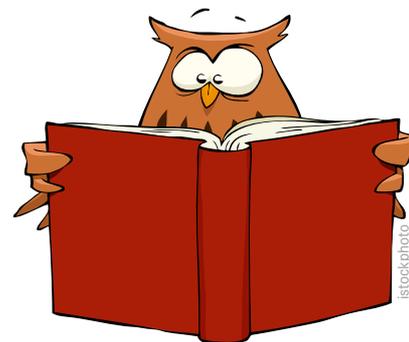
viel Unterstützung leisten, Erfahrungen vermitteln, Kontakte knüpfen, zum Beispiel auch nach Paris und Wien und Kolding in Dänemark. Heute, unter anderen, aber äußerst schwierigen Bedingungen brauchen unsere LINKE-Vertreter*innen in der Kommunalpolitik vielfältige Unterstützung durch das kf, in enger Kooperation mit der Landtagsfraktion und den Partei-Gremien.

Liebes kf, herzlichen Glückwunsch und alles Gute für eure wichtige Arbeit jetzt und künftig.

Anita Tack, 1. Vorsitzende des kf

*Auch eine international gut beachtete Konferenz zur Zukunft der Landwirtschaft in Osteuropa haben wir (Maritta, Konni und ich) gemeinsam mit unseren Partner*innen vom Europäischen Bürgerforum im Januar 1993 im Kulturhaus in Seelow ausgerichtet.*

L E S E U L E



Was bleibt

Was bleibt von einem Schriftstellerinnenleben, von Kämpfen gegen Unterdrückung und Begegnungen mit den Menschen, die gekämpft haben, insbesondere in Zeiten wie diesen? Christiane Barckhausen-Canale, 1942 geboren, hat zwölf Erinnerungen zusammengestellt, von eben solchen Begegnungen in Mexiko, Nicaragua, Berlin, Madrid, Kuba, Chile und El Salvador.

Eine Biographie wollte sie nicht schreiben, ihre Erinnerungen einem neuen Publikum zugänglich machen war ihr aber dennoch ein Anliegen. Denn als Dolmetscherin und Übersetzerin spanischer Bücher kam sie viel in der Welt herum und lernte viele Menschen kennen, die unter Krieg und Unterdrückung litten und sich dagegen auflehnten, Revolutionäre wie Fidel Castro oder Pablo Neruda. Geprägt wurde sie da sicherlich auch von ihrer Mutter, der Schriftstellerin Elfriede Brüning, die bis zu ihrer Verhaftung 1935 im kommunistischen Widerstand mitarbeitete und ihre Erlebnisse später in Büchern verarbeitete.

Besonders interessierten Christiane Barckhausen aber die Schicksale der unbekanntenen Personen, ihre Lebensgeschichten und die Wege zum Kampf. Sie wollte ihre Opfer und Motivationen festhalten, um sie damals den DDR-Bürgern näherbringen zu können, und tat das in der Form von Kinderbüchern sowie Tonbandprotokollen und Erzählungen. Es ging um Mütter, deren Kinder sich für eine gerechte Welt einsetzten, Mütter, die ihre Kinder zu Sozialisten erzogen, um junge Männer und Frauen, die ihr Leben jeden Tag aufs Spiel setzten, um Bauern, die hofften, dass sich ihre Leben diesmal verbessern würden. Arme Menschen, die am meisten unter der Unterdrückung zu leiden hatten, deren Alltag es war zu kämpfen. Elf Texte, die in solchen Büchern oder Zeitungen erschienen sind, sowie ein bisher unveröffentlichter sind in diesem Band enthalten, denn inzwischen ist davon neu nichts mehr zu erhalten. Geradezu spürbar ist dabei eine Liebe zu den Menschen und die Hochachtung vor ihrem Mut und ihrer Bereitschaft, sich für eine bessere Welt einzusetzen. »In ihnen steckt die Glut, die wieder zu entfachen ist.«

Kim Just, Ludwigsfelde



Christiane Barckhausen
Was bleibt
Taschenbuch, 149 Seiten,
Verlag Wiljo Heinen, 12,00 Euro
ISBN 978-3-95514-049-06

Gesundheit geht uns alle an

Ronny Kretschmer im Gespräch

Unter diesem Leitspruch stand der Besuch von Ronny Kretschmer – Sprecher für Gesundheits- und Pflegepolitik der Fraktion DIE LINKE, im Landtag Brandenburg – in der Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde am 27. August. In der gut besuchten Runde bei Kaffee und Kuchen ging Ronny Kretschmer – selbst gelernter Krankenpfleger – in knapp zwei Stunden auf zwei Facetten der aktuellen Gesundheits- und Pflegepolitik ein.

Situation der Krankenhäuser in Brandenburg und Zukunftsoptionen

Im ersten Teil ging es um die Krankenhauslandschaft in Brandenburg. In Brandenburg habe es in den 1990er Jahren noch ca. 73 Kliniken gegeben, mit ca. 25.000 Betten. Nicht wenige Klinikschließungen haben u. a. zu einer Reduzierung auf ca. 16.000 Betten geführt. Grund dafür sei eine mangelnde Rentabilität. Denn von einer Ausfinanzierung des Gesundheitssystems durch das Land Brandenburg könne nicht die Rede sein.

Vielmehr wurde seit Einführung von Fallpauschalen der Anreiz auf Seiten der Krankenhausbetreiber (egal ob öffentlich, gemeinnützig oder privat) gesetzt, möglichst viele Operationen und stationäre Behandlungen durchzuführen sowie sich auf einem be-

stimmten Gebiet zu spezialisieren, um Gewinne zu generieren. Bei den Privaten komme erschwerend hinzu, dass diese im Gegensatz zu den öffentlichen und gemeinnützigen Trägern mindestens noch 20 Prozent Rendite über den Betrieb der eigenen Einrichtungen erwirtschaften wollen. Die Konsequenzen sind in erster Linie Einsparungen beim Personal, was nicht zuletzt unmittelbare Auswirkungen auf die adäquate Pflege und das Wohlbefinden von Patientinnen und Patienten hat.

Eingeführte Mindestpersonalvorgaben sollen dieser Entwicklung nun einen Riegel vorschieben. Jedoch hat die »Corona-Krise« in den letzten zwei Jahren und die sich anbahnende »Energie-Krise« die Situation von öffentlichen Krankenhäusern weiter verschärft und birgt zudem die Gefahr, dass die Kommunen eben jene notgedrungen abstoßen müssen und dadurch die Privatisierung voranschreitet.

Ein Lichtblick könne aber die Rekommunalisierung von Krankenhäusern sein, genauer gesagt die Gründung eines Landeskrankenhausverbundes, welcher »Beteiligungen an den kommunalen Krankenhäusern und deren wirtschaftliche Koordinierung übernehmen soll, um damit die jeweiligen Standorte zu sichern«, so Ronny Kretschmer. Schon jetzt gebe es positive Beispiele von kommunalen



Ronny Kretschmer (Bildmitte, links) während seiner Ausführungen; Foto: M. Zeiler

len Krankenhausverbänden, welche die Grundversorgung im ländlichen Raum sichern, wie etwa das »Krankenhaus Märkisch-Oderland«.

Pflege zuhause und in den Einrichtungen

Es war für niemanden am Tisch wirklich neu, dass die Lage im Pflegebereich ähnlich prekär ist, wie in den Krankenhäusern. Die steigende Zahl von pflegebedürftigen Menschen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels trifft auf eine kleiner werdende Zahl von Pflegekräften. Im Ergebnis sind viele aufgrund der Arbeitsbedingungen frustriert, überarbeitet und »schmeißen« irgendwann hin. Aber 150.000 Pflegekräfte würden auch wieder zurückkommen, wenn sich die Bedingungen änderten. Bezahlung sei hierbei nur ein Faktor. Selbst die

flächendeckenden Tariflöhne in der Altenpflege, welche wir als LINKE begrüßen, trafen mitunter die Betroffenen bzw. ihre Rente oder den Geldbeutel der Angehörigen hart. Wir wollen keine »Teilkasko« in der Pflege, sondern eine Pflegevollversicherung, betonte Ronny Kretschmer. Das bedeute u. a., dass zur Finanzierung Erträge aus Kapital und Mieten mit in die Pflegeversicherung einzahlen müssten. Am Ende hat Ronny Kretschmer den Anwesenden noch wichtige Informationen mit auf den Weg gegeben und angeboten, erneut ins Gespräch zu kommen – auch in anderen Geschäftsstellen des Kreisverbandes.

Lieber Ronny, darauf kommen wir gerne zurück! Danke, dass du da warst.

Martin Zeiler, Luckenwalde

Roter Treff in Jüterbog

Der Regionalverband TF-Süd traf sich nach den Einschränkungen durch die Corona-Auflagen endlich wieder zum Roten Treffen mit dem Bedürfnis eines direkten Meinungsaustauschs zu allen Bereichen unseres politischen und gesellschaftlichen Lebens. Besondere Schwerpunkte waren die Arbeit unserer Stadtverordneten, insbesondere im Sozial- und Bildungsbereich. Großes Interesse bestand an Lösungsangeboten der Bundesregierung zu den großen Belastungen durch die Kosten für Gas, Strom, Lebensmittel und Mieten aber auch beim ÖPNV. Die Forderung nach einem Mietendeckel, nach einem neuen Steuersystem und der Notwendigkeit der Solidarität aller Bevölkerungsschichten untereinander in dieser Weltlage wurden diskutiert. Im

Ergebnis haben wir festgelegt, dass wir unser Büro dienstags Vormittag und donnerstags Nachmittag für Gespräche und Beratungen öffnen, um soziale Probleme zu diskutieren und Hinweise auf mögliche Lösungswege zu geben. Wir haben über die eigenen Befindlichkeiten, unsere Sorgen und Probleme heftig diskutiert. Einig waren wir uns in der Forderung nach Frieden für alle Menschen auf unserem Planeten. Niemand wollte die Beschränkung auf den europäischen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine. Leider wusste niemand zu berichten, welche Friedensinitiativen unsere Außenministerin vorgeschlagen hat. Klare Forderung bestand darin, die Waffen zum Schweigen zu bringen und den Frieden in Europa wieder zum Mittelpunkt der Politik



zu machen. Das wollen wir jederzeit auch öffentlich und auf Demos vertreten. Es wurde auch von der Angst vieler vor einem 3. Weltkrieg gesprochen. Dieser werden wir entschieden gegenüberreten. Weitere wichtige Diskussionspunkte waren Fragen zum innerparteilichen Leben, zur Lage der Geflüchteten und ihren

Wohn- und Arbeitsverhältnissen. Wir brachten zum Ausdruck, dass wir die Arbeit unserer Abgeordneten weiter aktiv unterstützen. Es zeigte sich, dass dieser lebhaftige Meinungsaustausch dringend notwendig war und fortzusetzen ist.

Peter Hacke, Jüterbog

Hier lässt es sich leben: Landkreis lud zum 20. Behinderten- und Skaterfest

Die Skate-Arena in Jüterbog war der diesjährige Veranstaltungsort für das Behinderten- und Skaterfest des Landkreises Teltow-Fläming. Und das war ein besonderes: die 20. Auflage stand an! Seit 2001 lädt der Landkreis nämlich Menschen mit und ohne Behinderungen dazu ein, gemeinsam bei Sport, Spiel und Unterhaltung Zeit zu verbringen. Austragungsorte dafür waren schon das Luckenwalder Kreishaus, der Luckenwalder Ortsteil Kolzenburg oder die bereits erwähnte Skate-Arena in Jüterbog. Alle diese Orte zeichnen eines gleichermaßen aus: Die Anbindung bzw. unmittelbare Nachbarschaft zur Fläming-Skate, dem touristischen Band im Süden unseres Landkreises Teltow-Fläming.

In Zusammenarbeit mit dem Team der Skate-Arena und dem Fläming Skate e.V. wurde am 3. September ein abwechslungsreiches Programm gestaltet. Sportlich zum einen dadurch, dass an diesem Tag die 100-km-Fläming-Skate-Inline-Tour stattfand. Die Skate-Arena in Jüterbog war dafür Start und Endpunkt gleichermaßen.

Neben Attraktionen für Kinder und Junggebliebene zeigten die Rollschuhkünstler*innen und Speedskater*innen, was alles auf Rollen möglich ist. Diverse Stände von Vereinen und Verbänden stellten sich und ihre Arbeit bzw. Themen vor. Besonders gelungen war es, dass Interessierte aufgrund eines Quiz-Parcours von Stand zu Stand wandern und sich in verschiedenen Aufgaben messen und ihr Geschick beweisen konnten. Ganz nebenbei wurde so für die Themen von Menschen mit und ohne Behinderung sensibilisiert.

Das abwechslungsreiche Programm startete mit "Drums Alive", einer Selbsthilfegruppe für an Parkinson-Erkrankte, welche den Gästen mit ihren Trommeln ordentlich einheizten. Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE) ließ es sich natürlich nicht nehmen, das Fest mit einem Grußwort zu eröffnen. Und auch unsere Fraktion war mit ihrem Vorsitzenden, Felix Thier, und Maritta Böttcher, der Vorsitzenden des Gesundheits- und Sozialausschusses des Kreistages, vor Ort präsent.

Besonderer Clou war übrigens folgende Mitmach-Aktion. Wie erwähnt gibt es das Fest nun seit 20 Jahren. Seitdem ist viel passiert: Menschen und Bedürfnisse entwickeln sich weiter, Rahmenbedingungen verändern sich ... Deshalb wurde in diesem Jahr dazu aufgerufen, auf dem Fest über einen neuen Namen abzustimmen. Im Jahr 2022 war es an der Zeit, sich vom Titel »Behinderten- und Skaterfest« zu verabschieden. Was bleibt: Die Veranstaltung. Sie soll für Menschen mit und ohne Behinderung ein Fest der Begegnung, des gemeinsamen Feierns und des gegenseitigen Aus-

tausches sein. Zur Auswahl standen »Familienfest der Inklusion TF«, »Meine-Rolle-deine-Rolle-Tag TF«, »Gemeinsam-einzigartig-Fest TF« und »Tag der Begegnung TF »Gemeinsam anders««. An der Abstimmung beteiligten sich natürlich auch die Landrätin und unsere Fraktionsmitglieder. Zum Ende des Festes hatte »Tag der Begegnung TF »Gemeinsam anders« gewonnen. Dieser Vorschlag wird nun dem Kreistag vorgelegt, dort soll dann darüber entschieden werden.

Felix Thier, Luckenwalde, Vorsitzender der Kreistagsfraktion



Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE, Bildmitte) begrüßte zum 20. Behinderten- und Skaterfest; Foto F. Thier



Tolle Aktionen bot die Meile der Infostände; Foto F. Thier

DABEI SEIN: TERMINE UND AKTIONEN

**Vorstandssitzung
Regionalverband TF Süd**
25.10.22, 18.30 Uhr
Geschäftsstelle DIE LINKE
Große Straße 62 in Jüterbog

LinksTreff Ludwigsfelde
1.11.2022, 10 Uhr
Maxim-Gorki-Straße 10
in Ludwigsfelde

Pogromgedenken
9.11.2022, 16 Uhr
Stolpersteine Mönchenstraße

Ehrungen zum Volkstrauertag
13.11.2022, 10 Uhr
Gedenkstätte Waldfriedhof
danach Stalag-Friedhof Luckenwalde

**Beratung
Redaktion Linksblick**
16.11.2022, 17.30 Uhr
Kreisgeschäftsstelle
Luckenwalde

Beratung Kreisvorstand
16.11.2022, 19 Uhr
Kreisgeschäftsstelle
Luckenwalde

**Vorstandssitzung
Regionalverband TF Süd**
22.11.22, 18.30 Uhr
Geschäftsstelle DIE LINKE
Große Straße 62 in Jüterbog

**13. Gesamtmitglieder-
versammlung**
26.11.2022, 10 Uhr
Ort noch offen

**Beratung Fraktion DIE LINKE/
BV SVV Luckenwalde**
29.11.2022, 18.30 Uhr
»Goldene 33« in Luckenwalde

LinksTreff Ludwigsfelde
1.12.2022, 18 Uhr
Maxim-Gorki-Straße 10
in Ludwigsfelde

**Jahresabschluss
Regionalverband TF Süd**
16.12.22, 15 Uhr
Bergschlösschen in Jüterbog

DIE LINKE. Teltow-Fläming **VOR ORT UND IM NETZ:**

Geschäftsstellen und Bürgerbüros

14943 Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
Telefon: 03371 632267
Telefax: 03371 636936
E-Mail: info@dielinke-tf.de
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Telefon: 03372 432691
Telefax: 03372 443033
E-Mail: tf.sued@
dielinke-teltow-flaeming.de
dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde
Maxim-Gorki-Straße 10
Telefon: 03378 510653
Telefax: 03378 510654
E-Mail: ludwigsfelde@
dielinke-tf.de
dielinke-ludwigsfelde.de

[facebook.com/dielinke.tf](https://www.facebook.com/dielinke.tf)
[instagram.com/dielinke.tf](https://www.instagram.com/dielinke.tf)

Auch interessant:
dielinke-rangsdorf.de
dielinke-zossen.de
dielinke-blankenfelde-mahlow.de

Spendenkonto

Mittelbrandenburgische
Sparkasse Potsdam (MBS)
IBAN:
DE80 16050000 3633027415

**Leserbriefe und Zuschrif-
ten sind ausdrücklich
erwünscht.**



**Bestellen Sie
den Linksblick
online per
E-Mail**



Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming
V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-tf.de
Redaktion: Maritta Böttcher
redaktion@dielinke-tf.de
Redaktionsschluss: 23. September 2022
Layout und Druck: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100% Recycling
Auflage: 1.700, Oktober 2022
Veröffentlichte Beiträge müssen
nicht in jedem Fall mit der Meinung
des Herausgebers übereinstimmen.

VORGESTELLT:



Einer von uns **Robert Kosin**

geboren am 14.2.1985 in Eberswalde, aufgewachsen in Frankfurt (Oder), wohnt mit seiner Frau in Großbeeren, hat zwei erwachsene Stiefsöhne. Er ist Altenpfleger in der ambulanten Pflege in Berlin, wo er auch seine Ausbildung absolvierte. 2017 bildete er sich zum Wundexperten weiter. Seit März 2022 ist er Mitglied in unserem Kreisvorstand und verantwortlich für das Themenfeld Pflege und Gesundheit. Seit Sommer 2022 sitzt er als sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Bildung und Soziales der Gemeinde Großbeeren.

Was ist für dich links?

Für soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte, Frieden, Freiheit und Solidarität einzustehen und sich gegen jegliche Diskriminierung, Nationalismus und Antisemitismus stark zu machen.

Was regt dich auf?

Kriege, erstarkender Rechtsextremismus, zunehmender Rassismus, wissenschaftsfeindliche Fanatiker, steigende Energiekosten, dass ich als Pflegefachkraft zu oft Existenzängste habe und zu oft in ein leeres Portemonnaie gucken muss.

Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?

Wie sehr es der Ampel-Regierung egal ist, was aus den Menschen wird, die eh schon zu wenig haben.

Vaterland, Mutterland, Deutschland – wie gern lebst du hier?

Mal mehr, mal weniger gern – Aber ich lebe hier und will darum kämpfen, dass es allen gut geht und nicht nur den wenigen Besserverdienenden.

Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen besonders?

Ehrlichkeit, Offenheit, Zuverlässigkeit, klare politische Haltung.

Wie sollte Großbeeren in zehn Jahren aussehen oder was wünschst du dir für Großbeeren? Anders gesagt: wovon träumst du?

Großbeeren soll ein Ort sein, in dem alle leben können. Ich wünsche mir für Großbeeren und das gesamte TF einen gut ausgebauten und preiswerten ÖPNV. Der Klimawandel kann nur angegangen werden, in dem der ÖPNV attraktiver wird. Und das nicht nur in unserer Region, sondern im gesamten Bundesgebiet. Ferner, dass auch sozialer Wohnraum in dem Maße vorhanden ist, wie er nun mal benötigt wird.

Was bedeuten dir Kunst und Kultur?

Abwechslung, Konfrontation, Ablenkung, Verarbeitung. Ich male und dichte selbst, finde darin Sinn und ziehe daraus Kraft. Kunst und Kultur können und müssen den Finger in die Wunde legen.

Hoch soll er leben – Glück und Gesundheit



Monika Nestler und Maritta Böttcher zur Gratulation der Kreistagsfraktion; Foto: MAZ/Jutta Abromeit

... 80 Jahre kann man nicht auf 35 Zeilen bringen. Aber was gesagt werden muss, das muss!!! Peter Dunkel – klug, charmant, freundlich, korrekt und unermüdlich fleißig! Ein Kommunalpolitiker, wie es nicht sehr viele gibt, im-

mer gut überlegt und ehrlich sind seine Antworten. Der ehemalige Autowerker ist seit 1989 Stadtverordneter in Ludwigsfelde und seit 1998 durchgängig bis heute Abgeordneter im Kreistag Teltow-Fläming.

Er hat einen großen Anteil daran, dass es in Ludwigsfelde eine starke LINKE gibt, die zweitstärkste Kraft in der Stadt ist.

Er hat Humor und ist auch für mich ein Vorbild. Er nimmt alles ernst, aber nicht bitterernst. Es ist diese Mischung, warum Menschen sich an ihm orientieren. Egal, wo er auftaucht – er kann Leute aller Altersklassen begeistern. Er ist einer, dessen ehrliche Arbeit anerkannt wird, unabhängig von einer Parteimitgliedschaft. Bürgermeister Igel sagte zur Gratulation: »Ich habe Peter Dunkel stets als Anwalt der Ludwigsfelder erlebt.« Ein größeres Lob gibt es für einen Kommunalpolitiker nicht! Danke, Peter!

Maritta Böttcher, Jüterbog